



An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den/die

- Sozialausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Einrichtung einer Informations- und Präventionsstelle zum Cannabiskonsum

Antrag zu beschließen:

Die Stadt Hannover richtet an einem geeigneten Ort eine Informations- und Präventionsstelle zum Cannabiskonsum ein. Leitung und Betrieb werden dem *Cannabis Socialclub Hannover* übertragen.

Begründung:

Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland ist Cannabis die am meisten konsumierte illegale Droge. Etwa jeder zehnte Jugendliche (9,7 %) und jeder dritte junge Erwachsene (34,5 %) hat schon einmal Cannabis konsumiert.

Cannabis-Konsum kann bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Problemen führen, die durch die Verbotspolitik der vergangenen Jahrzehnte in keiner Weise gemindert wurden. Alle Versuche, die Drogenaffinität bei Jugendlichen durch Verknappung und Kriminalisierung zu senken, sind offensichtlich gescheitert. Laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist der Anteil jugendlicher Cannabiskonsumenten im Vergleich zu 2011 erneut angestiegen. Bei weiblichen Jugendlichen sei der Anstieg statistisch signifikant. Der gesellschaftliche Schaden dieser Politik ist immens: Harmlose Cannabiskonsumenten werden in die Illegalität gedrängt, und mit dem durch die Prohibition entstandenen illegalen Massenmarkt wird die Organisierte Kriminalität geradezu gezüchtet.



Angesichts der weiteren Zunahme des Cannabiskonsums unter jungen Menschen und der ausgeuferten Drogenszene, nicht nur an den Ufern von Ihme und Leine, muss in der Stadt ein Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik vollzogen werden. Statt der gescheiterten Verbotspolitik brauchen wir endlich eine ganzheitliche Health Policy unter der Überschrift „Harm Reduction“, das heißt Schadensminderung! Dafür reicht das vorhandene Angebot der Drogenberatung nicht aus.

Cannabiskonsumenten und ihre Familien brauchen eine offene und repressionsfrei zugängliche Möglichkeit, sich umfassend und vertrauensvoll informieren zu können. Durch die Möglichkeit, illegal erworbenes Haschisch oder Marihuana auf gesundheitsschädliche Streckmittel untersuchen zu lassen, werden Jugendschutz und Verbraucherschutz gestärkt. Auf der Grundlage in der Informationsstelle erhobener anonymer Daten kann der Erfolg der Maßnahme bewertet und können weitere oder modifizierte Präventions- und Interventionsangebote eingeleitet werden.

Die Cannabis- Präventions- und Informationsstelle

- leistet Aufklärung über die körperliche und seelische Wirkung von Cannabisprodukten
- klärt auf über Risiken und Nebenwirkungen von Cannabiskonsum
- bietet Hilfe für abhängige und abhängigkeitsgefährdete Jugendliche und vermittelt an die geeigneten Hilfseinrichtungen
- unterstützt die Gründung von Selbsthilfegruppen und betreut sie
- erreicht die Jugendlichen und sucht das offene Gespräch, anstatt durch ein unglaubliches Verbot und die Androhung von Strafe Distanz zu staatlichen Angeboten zu schaffen
- klärt über die Gefahren durch sogenannte „Legal Highs“ auf
- trägt zur Versachlichung der Diskriminierungs- und Suchtproblematik bei

Der *Cannabis Socialclub* setzt sich für eine wissenschaftlich fundierte liberale Drogenpolitik sowie für die Legalisierung von Cannabis in Sinne des Jugend- und Verbraucherschutzes ein. Die freie Wahl von Heil- und Genussmitteln gehört seiner Ansicht nach zu den Bürgerrechten mündiger Menschen in einer demokratischen Gesellschaft.